

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 16.02.2022

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Ilona Bartocha	Bündnis 90 /	
Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Josef Filipppek	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Torsten Lange
Ratsherr Dominik Hass	SPD	Vertreter für Ratsherrn Dirk Franke
		ke
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	Vertreter für Herrn Philipp Kallweit
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL, MdL	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Herr Eugen Cramer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Mehmet Kaya	CDU	
Frau Eva Prinz	CDU	
Herr Benjamin Pritschow	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

Gäste:

Herr Christian Miß	
Herr Dirk Stiepert	Autobahn GmbH
Frau Hülsmann	Autobahn GmbH

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Herr Martin Bärwolf
Herr Andreas Beckmann
Herr Christian Hayer
Herr Christopher Rehnert
Herr Dieter Rotter
Frau Nina Niggemann-Schulte

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß
Frau Melanie Cappelletti

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke SPD
Herr Philipp Kallweit SPD
Herr Torsten Lange DIE LINKE.

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Sachstand zu den innerstädtischen Durchfahrten von Großraum- und Schwertransporten Vorlage: 012/2022

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Rotter um Vortrag.

Ergänzend zur Vorlage weist Herr Rotter darauf hin, dass der eigentliche Zweck der Reduzierung des Schwerlastverkehrs in Lüdenscheid bisher nicht habe erreicht werden können. Durch die Autobahnsperrung sei die Belastung durch LKW-Verkehr größer geworden. Dieses werde deutliche Auswirkungen auf die Beschaffenheit der Straßen haben. Um doch noch eine Reduzierung des Schwerlastverkehrs durch Lüdenscheid zu erreichen sei geplant, eine deutliche Gebührenerhöhung für die Durchfahrt des Schwerlastverkehrs vorzunehmen. Voraussichtlich könne diese Erhöhung bereits in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses im Mai mittels Beschlussvorlage für die geänderte Gebührensatzung vorgenommen werden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Erläuterung.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden Beschluss

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

3. Anträge zum Thema Spielplätze

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass zwei Anträge zum Thema Spielplätze vorlägen. Die fachliche Zuständigkeit zur Frage ob und wenn ja für welche Altersgruppen Spielplätze benötigt würden, liege jedoch beim Jugendhilfeausschuss. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sei daher sowohl für die öffentliche Tagesordnung des Bau- und Verkehrsausschusses als auch für die des Jugendhilfeausschusses fristgerecht zur Aufnahme in die Tagesordnung eingereicht worden. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 befasse sich ebenfalls mit dem Thema Spielplätze, hier jedoch ausdrücklich mit einem Spielplatz für junge Kinder am Freisenberg. Er führt weiter aus, dass diese beiden Anträge s. E. inhaltlich und fachlich nicht unvereinbar seien.

Er schlägt vor, den gemeinsamen Antrag nach dem zweiten Absatz wie folgt zu ergänzen:
Dabei sind Stadtteile, in denen es noch keinen Spielplatz gibt, wie z.B. Freisenberg, vorrangig zu untersuchen.

Nach kurzer Diskussion schlägt Ratsfrau Bartocha vor, den Antrag noch um einen weiteren Satz zu ergänzen:
Außerdem sind renovierungsbedürftige Spielplätze ebenfalls vorzuziehen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig den Beschluss, folgenden ergänzten Antragstext zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Spielplatzkonzept zu erstellen, bei dem auf die Bedürfnisse aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Lüdenscheid eingegangen wird. Hierbei sollte auf Inklusion, Barrierefreiheit, Sitzgelegenheiten für begleitende Personen und Senioren, Lärmschutz, Beschattungsmöglichkeiten sowie Bedürfnisse und Individualität der verschiedenen Stadtteile geachtet werden.

Die zurückgestellten Maßnahmen des alten Spielplatzkonzeptes finden bei weiterer Aktualität besondere Beachtung. Auch soll an dem Ziel festgehalten werden, in jedem Stadtteil einen großen und besonders attraktiven Spielplatz zu haben. Das Spielplatzkonzept soll zudem neben der üblichen Zielgruppe von Kindern zwischen 3 und 14 Jahren auch die Belange Jugendlicher in der Altersgruppe zwischen 14 und 18 Jahren in geeigneter Weise einbeziehen. So könnte zum Beispiel auch die Schaffung von Jugendplätzen an dafür besonders

geeigneten Orten als Ergänzung zu reinen (Kinder-) Spielplätzen in die Überlegungen für das neue Spielplatzkonzept einbezogen werden. **Dabei sind Stadtteile, in denen es noch keinen Spielplatz gibt, wie z.B. Freisenberg, vorrangig zu untersuchen. Außerdem sind renovierungsbedürftige Spielplätze ebenfalls vorzuziehen.**

Bei einer Erneuerung oder Neuplanung eines Spielplatzes sollen Anwohner – besonders anliegende Grundschulen und KITAs – zum Beispiel auf Stadtteilkonferenzen einbezogen werden.

Ein solches Konzept sollte bis spätestens Ende des 1. Quartals 2023 erstellt sein. Dabei werden die zuständigen Fachausschüsse regelmäßig über den aktuellen Sachstand informiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

3.1. Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2022 zum Thema "Spielplatzkonzept"

Siehe Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung.

3.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2021 zum Thema "Spielplatz für junge Kinder am Freisenberg"

Siehe Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung.

4. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert über 100.000 € Vorlage: 024/2022

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Veröffentlichung der in der Anlage aufgeführten Vergabeverfahren wird bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

5. Beantragte Umbenennung der Bushaltestelle "Ludwigstraße" in "Schade Immobilien" Vorlage: 332/2021

Nach Anmerkungen von Ratsfrau Bartocha und Herrn Cramer erläutert Herr Rotter, dass es vor ca. 10 Jahren den letzten Antrag auf Umbenennung einer Bushaltestelle seitens der Märkischen Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) gegeben habe. Zu dieser Zeit habe es noch eine andere Sichtweise beim Umgang mit derartigen Umbenennungen gegeben. Mittlerweile gebe es den Grundsatz, nach dem Benennungen nach einem einheitlichen und logischen System erfolgen sollten. Daher orientierten sich Benennungen beispielsweise am Stadtplan oder markanten Gebäuden. Damit werde ein hoher Wiedererkennungswert erreicht. Eine Benennung nach beispielsweise temporären Investoren sei damit ausgeschlossen. Die hier beantragte Umbenennung erfülle die erforderlichen Vorgaben nicht, so dass die Verwaltung eine Ablehnung der Benennung vorschlage.

Herr Bärwolf ergänzt, dass durch die Benennung der Bushaltestellen die Funktion des öffentlichen Personennahverkehrs ebenfalls nicht beeinträchtigt werden dürfe. Die Verwaltung befürchte, dass dieses durch die beantragte Umbenennung nicht mehr gewährleistet sein könnte, daher werde eine Ablehnung vorgeschlagen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Antrag der MVG auf Umbenennung der Bushaltestelle „Ludwigstraße“ in „Schade Immobilien“ wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: 1

**6. Benennung einer Planstraße im Bebauungsplan 568, "Hintere Parkstraße",
3. Änderung in "Am Stadtpark"
Vorlage: 333/2021**

Ratsherr Schwarzkopf merkt an, dass es eine Liste mit Namen gebe, die für Straßenbenennungen genutzt werden könne. Er fragt, ob diese Liste geprüft worden sei und darin nicht ein besser geeigneter Name zu finden sei. Schließlich habe man sich vor einiger Zeit darauf geeinigt, dass Straßennamen mit "Am" etc. möglichst vermieden werden sollten.

Herr Rotter führt aus, dass die vorhandene Namensliste wie folgt lautet:

1. **Ida Gerhardi**/Lüdenscheider Künstlerin
(Vorschlag der Ehrenamtbörse)
2. **Dr. Walter Hostert**/ehemaliger Landrat
(Vorschlag Bürgermeister und interfraktionelle Runde)
3. **August Schlingmann**/ehemaliger Lüdenscheider Oberbürgermeister
(Vorschlag Bürgermeister und interfraktionelle Runde)

Keine dieser drei Personen weise eine besondere Bedeutung für den bzw. Beziehung zum Bereich Stadtpark auf. Daher erscheine hier eine Straßenbezeichnung, die die Örtlichkeit im Namen aufnehme, zur Erreichung einer großen Akzeptanz nachvollziehbarer.

Ratsfrau Hertes hält die Bezeichnung „Am Stadtpark“ für eine gut geeignete Lösung, zumal der Stadtpark direkt an die Straße anschließe. Nach Ida Gerhardi sei zudem bereits die neue Grundschule – ehemalige Friedensschule – benannt worden. Auch diese Wahl sei stimmig gewesen, da Ida Gerhardi auch Lehrerin gewesen sei. Sie schlägt vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Ratsherr Schwarzkopf beantragt, die vorliegende Namensliste vor einer endgültigen Abstimmung in seiner Fraktion noch einmal diskutieren zu können.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, heute zunächst dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, da seitens des Bau- und Verkehrsausschusses lediglich eine Empfehlung an den Rat der Stadt Lüdenscheid abgegeben werde. Vor der endgültigen Entscheidung in der Sitzung des Rates am 04. April finde eine weitere Beratung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. März statt. Es bestehe daher die Möglichkeit, entweder bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses oder letztlich in der Sitzung des Rates einen geänderten Beschluss mit Änderung der Straßenbezeichnung zu fassen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Vorgehensweise einstimmig zu.

Daher empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Enthaltungen einstimmig folgenden

Beschluss:

Die öffentliche Verkehrsfläche im Bebauungsplan Nr. 568 „Hintere Parkstraße“, 3. Änderung, wird mit der Bezeichnung „Am Stadtpark“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: 2

7. Verlängerung der reduzierten Sondernutzungsgebühren ("Corona-Bonus") Vorlage: 338/2021

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Geltungsdauer des ursprünglich bis zum 31.12.2021 befristeten Gebührentarifs A der Sondernutzungssatzung vom 17.06.2021 wird in der Fassung der beigefügten Änderungssatzung bis zum 31.12.2022 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

8. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

8.1. Aktueller Sachstandsbericht zur Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45

Vorsitzender Holzrichter begrüßt den Leiter der Außenstelle Hagen der Autobahn GmbH, Herrn Dirk Stiepert, sowie die Leiterin des Geschäftsbereichs Bau der Autobahn GmbH, Frau Hülsmann, und bittet um Vortrag.

Herr Stiepert bedankt sich für die Möglichkeit, den aktuellen Sachstand persönlich vorstellen zu können. Er erläutert detailliert anhand einer Präsentation Planung und Neubau der Rahmedetalbrücke. Auf die bereits erfolgten Schritte und deren Ergebnisse geht er dabei besonders ein. Die katastrophale Verkehrssituation für die Lüdenscheider Innenstadt durch das massive Umleitungsverkehrsaufkommen habe durch die bisher ergriffenen Maßnahmen schon merklich reduziert werden können. Der Landesbetrieb Straßen.NRW werde für die in seiner Zuständigkeit liegenden untergeordneten Straßen in enger Abstimmung mit der Stadt Lüdenscheid versuchen, weitere geeignete Maßnahmen für eine weitere Reduzierung der Verkehrsbelastung innerhalb des Stadtgebietes umzusetzen. Sollte es noch weitere Optimierungsmöglichkeiten für das bereits vorhandene großräumige Umleitungskonzept geben, würden diese selbstverständlich ebenfalls umgesetzt. Die Kommunikation mit den betroffe-

nen Anwohnern sei zunächst am 09.02. und 10.02. erfolgt. Es seien weitere Gespräche während des gesamten Planungs- und Bauzeitraums fest vorgesehen.

Aufgrund der Anregungen seitens der Ausschussmitglieder, möglichst viele der betroffenen Menschen und den B.U.N.D. sowie die umliegenden und ebenfalls betroffenen Städte und Gemeinden einzubinden, führt Herr Stiepert aus, dass mit dem B.U.N.D. bereits Gespräche geführt worden seien. Ein Gespräch mit den Bürgermeistern der umliegenden Städte und Gemeinden sei bereits für die kommende Woche terminiert.

Herr Stiepert führt weiter aus, dass derzeit bereits die Ausschreibungsunterlagen für einen Abbruch mittels Sprengung vorbereitet würden. Da es nur wenige Firmen gebe, die eine derartige Sprengung durchführen könnten, werde hier eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Für die Ausführungsplanung müsse ein Zeitraum von ein bis zwei Monaten berücksichtigt werden. Die funktionale Ausschreibung müsse in Abstimmung mit Berlin erfolgen. Ein Bodengutachten sei zwingend erforderlich. Alles werde in enger Abstimmung zwischen dem Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung der Stadt Lüdenscheid geplant und umgesetzt. Dass hier eine weiträumige, deutliche Beschilderung zur Lenkung des LKW-Verkehrs erforderlich sei, sei bereits nach Berlin weitergegeben worden. Die Autobahn GmbH unterstütze die Stadt Lüdenscheid und die Region nach Kräften.

Herr Hayer sagt zu, dass gemäß Absprache in der Sitzung des Rates ab sofort regelmäßige Sachstandsberichte in den Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses gegeben würden. Den heutigen Sachstand gebe Frau Niggemann-Schulte vom Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung.

Frau Niggemann-Schulte erläutert anhand einer Präsentation die Problemfelder und Maßnahmen im Bereich der Umleitungsverkehere.

Ratsherr Dudas bedankt sich bei Frau Niggemann-Schulte stellvertretend für alle, die an der Entwicklung von Ideen zur Verbesserung der Gesamtsituation arbeiteten, für ihren besonderen Einsatz. Es sei nachvollziehbar, dass Entlastungen auf der einen Seite an anderer Seite zu Belastungen führten. Es sei wichtig, die Belastung an den Umleitungsstrecken weitestgehend zu reduzieren. Dieses könne s. E. nur dadurch erreicht werden, dass der Schwerlastverkehr aus der Stadt herausgebracht werde. Zudem appelliere er an die Autobahn GmbH, schnellstmöglich eine große Lösung zu schaffen, damit die bereits jetzt sichtbaren Schäden an den Umleitungsstrecken nicht noch massiver würden.

Ratsherr Hass bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er fragt, ob es möglich sei, den Stadtteil Dickenberg als Sackgasse für LKW zu beschildern und ggf. Anliegerschilder auszuweisen, um hier den Verkehr zu reduzieren.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung, dieses zu prüfen und wenn möglich umzusetzen. Er bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt weiter aus, dass derzeit ca. 7.000 LKW durch die Stadt führen. Eine Reduzierung der Verkehrsbelastung sei mit den vorhandenen Verkehrsanlagen so nicht zu erreichen. In Gesprächen mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen) habe er erfahren, dass es eine Möglichkeit gebe, eine Zuflussregelung zu schaffen. Mittels einer Videoerfassung würden die Kennzeichen der Fahrzeuge automatisch erfasst. Auf entsprechenden Tafeln würden dann die Kennzeichen angezeigt und damit eine Wegweisung verbunden. Die ersten Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Befolungsquote deutlich erhöht sei. Fahrzeuge, die zum Zielverkehr gehörten, würden nach entsprechender Anmeldung durch die Speditionen erkannt. Für Lüdenscheid könnte bereits im Bereich des Hagener Kreuzes eine Kennzeichenerfassung und entsprechende Leitung erfolgen. Derzeit werde noch an einer Lösung gearbeitet, die Fahrzeuge, die zum Zielverkehr gehörten, je-

doch keine Anmeldung erfahren hätten, dennoch zuzulassen. Eine zeitnahe Umsetzung sei möglich und aus Sicht der Verwaltung in jedem Fall nötig.

Vorsitzender Holzrichter betont, dass die Verzweiflung insbesondere an den Umleitungsstrecken sehr groß sei. Die Umsetzung dieser Entlastungsmöglichkeit erscheine ihm weitaus weniger aufwändig als die Installation einer Schrankenanlage. Er bittet die Verwaltung, nach Möglichkeit eine Umsetzung zu forcieren.

Ratsherr Schwarzkopf ergänzt, dass sich alle einig seien, dass jede Maßnahme, die Belastungen milderte, wichtig sei. Folgen seien bereits sowohl in der Verwaltung als auch in der freien Wirtschaft in Form von Kündigungen und fehlenden Bewerbungen spürbar vorhanden. Auch wenn diese Entwicklung nicht gänzlich verhindert werden könne, müsse offen damit umgegangen werden.

Vorsitzender Holzrichter dankt Frau Hülsmann und Herrn Stiepert sowie allen Beteiligten für die ausführlichen Vorträge.

9. Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet des Brandschutzes auf Grund der verkehrlichen Veränderungen vor dem Hintergrund der Sperrung der Rahmedetalbrücke **Vorlage: 038/2022**

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass es ab der heutigen Sitzung zum Thema „Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet des Brandschutzes auf Grund der verkehrlichen Veränderungen vor dem Hintergrund der Sperrung der Rahmedetalbrücke“ bis zur Fertigstellung der neuen Brücke und Freigabe für den Verkehr in jeder Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses einen Sachstandsbericht geben werde.

Erster Beigeordneter Kessler führt aus, dass im Dezember 2021 der Brandschutzbedarfsplan für die Feuer- und Rettungswache der Stadt Lüdenscheid beschlossen worden sei. Durch die Sperrung der Rahmedetalbrücke und das dadurch erhöhte Verkehrsaufkommen innerhalb des Stadtgebietes gebe es zunehmend Probleme bei den sog. „Einrückzeiten“ (Anfahrtszeit zum Gerätehaus). Das Personal komme nach einer Alarmierung nicht oder verspätet in den Gerätehäusern an und könne dadurch nicht fristgerecht ausrücken. Diese Situation und auch die Tatsache, dass nicht einmal mehr PKW die Rahmedetalbrücke befahren dürften, machten eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes bereits jetzt erforderlich. Zunächst sei für das Jahr 2022 eine Teilkompensation gefunden worden. Sobald die erforderlichen Straßensperrungen für die Sprengung der Rahmedetalbrücke erfolgten, müssten zudem weitere Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben im Brandschutz und im Rettungsdienst ergriffen werden. Insbesondere im Bereich des Rettungsdienstes erfolge hier eine enge Abstimmung mit dem Märkischen Kreis. Er betont, dass trotz der schwierigen Umstände der Brandschutz für das Stadtgebiet gewährleistet sei. In diesem Zusammenhang bedanke er sich ausdrücklich ganz besonders bei den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren und deren Arbeitgebern, die es erst ermöglicht hätten, die Funktion der Gerätehäuser insbesondere in der ersten Woche nach der Sperrung durch dauerhafte Besetzungen aufrecht zu erhalten. Dem Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung sowie der Feuerwehr im Haupt- und Ehrenamt spreche er großes Lob und Dank für ihren besonderen Einsatz aus.

Vorsitzender Holzrichter schließt sich dem Lob und Dank auch im Namen der Ausschussmitglieder an.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der nachfolgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

Entfällt

10.2. Beantwortung von Anfragen

10.2.1. Schriftliche Anfrage der CDU Fraktion vom 23.11.2021 zum Thema Tempolimit auf der Straße Im Grund

Anfrage und Beantwortung der Anfrage wurden ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

10.3. Anfragen

10.3.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.02.2022 zum Thema "Verkehrszeichen in der Freisenbergstraße"

Anfrage und Beantwortung der Anfrage wurden ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

10.3.2. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.02.2022 zum Thema "Errichtung eines Wasserspielplatzes auf dem Rathausplatz"

Anfrage und Beantwortung der Anfrage wurden ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

10.3.3. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.02.2022 zum Thema "Lichtsituation auf dem Rathausplatz"

Anfrage und Beantwortung der Anfrage wurden ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

Ergänzend erläutert Herr Bärwolf, dass es bereits im November 2021 intensive Gespräche zum Thema „Licht“ zwischen dem Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) und dem Fachbereich Planen und Bauen gegeben habe. Die seinerzeit vorhandenen Defekte an der Beleuchtung seien direkt repariert worden. Die jetzt vorhandenen Schäden hätten sich nach der Reparatur neu entwickelt. Der Vorschlag, Bodenstrahler im Bereich des Platanenhains zu installieren, werde derzeit seitens der Verwaltung kritisch gesehen. Zunächst seien Bodenstrahler extrem anfällig für Beschädigungen, darüber hinaus stehe eine Beleuchtung von unten der derzeit vorhandenen Weihnachtsbeleuchtung kontraproduktiv gegenüber. Die Verwaltung halte die Erstellung eines Lichtkonzeptes für den Rathausplatz besonders aus Sicherheitsgründen für geboten. Hausintern könne eine Planung jedoch weder im Fachbereich Planen und Bauen noch beim STL geleistet werden. Der STL verfüge über gute Kontakte zu einem Planungsbüro in Essen, das auf die Erstellung von Lichtkonzepten in der hier benötigten Form spezialisiert seien. Der STL habe bereits für den kommenden Montag (21.02.2022) einen Gesprächstermin mit dem Büro vereinbart. Überlegt werde derzeit auch, ob eine Erweiterung des Lichtkonzeptes auf die Bereiche des Sternplatzes und der Wilhelmstraße ermöglicht werden könne. Eine Ergänzung der vorhandenen Beleuchtung insbesondere aus Sicherheitsgründen oder eine Verbesserung der Gesamtsituation unter Einsatz von Eigenmitteln werde derzeit als nicht förderschädlich gesehen. Eine Abstimmung erfolge selbstverständlich direkt mit dem Fördermittelgeber. Sollte seitens der Ausschussmitglieder diese Vorgehensweise Zustimmung finden, würde die Verwaltung die Gespräche und Planungen intensiv verfolgen und vorantreiben. Die Verwaltung werde darüber hinaus die Ausschussmitglieder selbstverständlich in den Prozess einbinden.

Ratsherr Hass führt aus, dass die Installation von Bodenstrahlern lediglich in Ergänzung und als Vorschlag angegeben worden seien. Die Schaffung von Sicherheit müsse jedoch insbesondere in diesem zentralen Bereich Vorrang haben. Auf eigene Kosten zusätzliche Leuchten anzubringen, könne s. E. nicht förderschädlich sein.

Ratsherr Schwarzkopf schlägt vor, kurzfristig eine Übergangslösung zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Rathausplatz zu schaffen.

Herr Bärwolf sagt zu, als Übergangslösung mobile Strahler für mehr Helligkeit und Verbesserung der Sicherheit zu installieren. Eine Förderschädlichkeit sei hier nicht zu erwarten, zumal die Strahler bei Umsetzung eines neuen Lichtkonzeptes entsprechend getauscht oder entfernt würden.

Vorsitzender Holzrichter fragt, ob die Ausschussmitglieder der vorgeschlagenen Vorgehensweise zustimmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

10.3.4. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.02.2022 zum Thema "Fahrradstellplätze in der Knapper Straße"

Anfrage und Beantwortung der Anfrage wurden in das Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter erläutert Herr Hayer, dass zunächst in Absprache mit dem Fachdienst Bauleitplanung und Städtebau (FD 61) die Planungen erfolgten. Damit würde feststehen, welche Haushaltsmittel zur Umsetzung benötigt würden. Diese könnten dann in den dann nächsten Haushalt eingeplant werden und damit die Planungen umgesetzt werden.

Ratsherr Hass merkt an, dass Haushaltsmittel zum Rückbau der Sitzgelegenheit und der Pflanzbeete gemäß Beantwortung seiner Anfrage zu den dort aufgestellten Bauzäunen im Dezember 2021 seitens des STL bereits im Haushalt zur Verfügung stünden.

Herr Hayer bedankt sich für den Hinweis und sagt zu, den STL entsprechend mit einzubinden.

10.3.5. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2022 zum Thema "Bauarbeiten in der Schulstraße"

Die Anfrage wurde ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass eine Beantwortung bereits direkt per Mail an Herrn Kahler erfolgt sei. Er bittet darum, künftig derartige Fragen direkt an die zuständigen Fachdienstleitungen zu geben oder direkt dort anzurufen, da durch die Reduzierung der Ausschusssitzungen sonst u.U. eine zu lange Zeit vergehe, bis eine Antwort gegeben werden könne.

Herr Rotter habe die Frage wie folgt per Mail beantwortet:

„Sehr geehrter Herr Kahler,

es wird nicht immer so schnell klappen, aber zufällig hatte die zuständige Kollegin die gewünschten Informationen sofort parat:

Die Firma Hofmann-Wüstefeld verlegt in der Schulstraße im Auftrag der Telekom Glasfaser für die Versorgung der Sendestelle Sonnenscheid. Die Verlegung der Leerrohre ist bereits seit Mitte Dezember abgeschlossen. Da die Asphaltwerke aktuell geschlossen haben, kann z. Z. nicht asphaltiert werden. Die verkehrsrechtliche Anordnung läuft vorsorglich noch bis Ende März. Laut Aussage des bauausführenden Unternehmens werde die Oberfläche bei entsprechender Witterung schon deutlich eher fertiggestellt.“

10.3.6. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2022 zum Thema "Kreuzung Altenaer Straße/Im Grund"

Die Anfrage wurde ins Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt.

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass hier eine Beantwortung entbehrlich sei, da diese bereits im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Aktueller Sachstandsbericht zu Sperrung der Rahmedetalbrücke der BAB 45“ durch die Vorträge von Frau Niggemann-Schulte und Herrn Stiepert erfolgt sei.

gez. Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin